

Museum Die Geschichte der ersten Waffefabrik der Welt ist seit gestern im IVF-Fabrikmuseum hautnah zu erleben.

Regionale Wirtschaft Seite 9

Zufrieden Ihren 100. Geburtstag feiert Josefine Ammann-Wigger heute im Huus Emmersberg. Täglich trinkt sie ein Glas Wein.

Region Seite 15

Sommerserie René Zimmermann berichtet auf der Ofenbank von seinem Beruf, der auch seine Passion ist, dem Ofenbau.

Region Seite 13



Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861

Regionale Wirtschaft

Cilag streicht weniger Stellen

SCHAFFHAUSEN Gute Nachrichten für die Mitarbeitenden der Cilag: Der im Januar 2012 angekündigte Stellenabbau fällt weniger hart aus – statt 110 sollen noch 80 Stellen verschwinden. Grund: Im neu organisierten Bereich der pharmazeutischen Wirkstoffproduktion werden 30 Stellen mehr benötigt als ursprünglich angenommen.

Seite 9

Wirtschaft

Europäer zieht es nach Südamerika

PUEBLA Die Finanz- und Wirtschaftskrise in den EU-Staaten treibt zunehmend junge Europäer nach Lateinamerika. Vor allem in Brasilien und Argentinien versuchen sie ihr Glück. Dort sind Manager, Ingenieure und Architekten gesucht, aber auch Wissenschaftler haben Chancen.

Seite 8

Region

Felssprengungen auf Schloss Laufen

LAUFEN Gestern fanden mehrere Sprengungen im Tunnel des Schlosses Laufen statt. Der grosse Schreck für die Touristen blieb aber aus: Mehr als ein kurzes Grollen war nicht zu hören. Augenschein bei den Tunnelarbeiten, welche derzeit Dachsen zum Endbahnhof werden lassen.

Seite 19

Gsaat isch gsaat

«Wer mit Kritik nicht umgehen kann, sollte nicht Bundesrätin werden»

Simonetta Sommaruga
Bundesrätin



«Ihr habt auch Vorteile, kennt eine andere Sprache und Kultur schon gut», sagte Bundesrätin Simonetta Sommaruga gestern im Berufsbildungszentrum (BBZ) zu Lehrlingen mit internationalen Wurzeln. Bild Eric Bühner

Sommaruga spricht mit Lehrlingen, Berset über die Gesundheitspolitik

Gleich zwei Bundesräte beehrten gestern die Region. Simonetta Sommaruga informierte sich über Integrationsprojekte, Alain Berset sprach in der Rathauslaube.

VON DANIEL JUNG UND ANNA KAPPELER

SCHAFFHAUSEN/MERISHAUSEN Der Zufall wollte es, dass gestern gleich beide SP-Magistraten Schaffhausen besuchten. Innenminister Alain Berset referierte am Abend in der bis fast auf den letzten Stuhl besetzten Rathauslaube über Reformen im Schweizer Gesundheitswesen. Indem er gleich zu Beginn den

Schwabentor-Spruch «Lappi tue d Auge uf» zitierte, hatte er das Publikum im Sack. Organisiert hatte die öffentliche Veranstaltung, bei der auch viel Schaffhauser Politprominenz anwesend war, ein überparteiliches Komitee der CVP, der AL, der Juso und der SP. In einem zweiten Teil warb Berset für das zur Abstimmung kommende Epidemien-gesetz und diskutierte im Anschluss rege mit den Anwesenden. Diese sparten in ihren Fragen an den Bundesrat im Gegenzug nicht mit Kritik zur eidgenössischen Abstimmungsvorlage.

Sommaruga bei Berufsschülern

Schon am Vormittag war Bersets Bundesrats- und Parteikollegin Simonetta Sommaruga in der Region unterwegs. Sie informierte sich über Inte-

grationsprojekte am Berufsbildungszentrum (BBZ). Zuerst besuchte sie die Schüler des Berufsvorbereitungsjahrs, die derzeit gerade ein Abenteuerlager rund um das Buchberghaus in Merischausen erleben. Sommaruga befragte die Jugendlichen zu ihrer Berufswahl und motivierte sie für die anstehende Phase der Lehrstellensuche.

Danach nahm sie an einer Veranstaltung in der Aula des BBZ teil, wo über die Integrationsarbeit der Hirschmann-Stiftung informiert wurde. Diese Stiftung unterstützt seit fünf Jahren in der ganzen Schweiz Berufsschulen bei Integrationsprojekten und versucht nun, die angestossenen Initiativen in die Verantwortung der öffentlichen Hand zu übergeben.

Weitere Berichte auf den **Seiten 2 und 3**

Ägypten

Mubarak aus dem Gefängnis, Angst vor blutigem Freitag

KAIRO Für Hosni Mubarak ist es ein Tag des Triumphs. Mit einem Helikopter wird er aus dem Gefängnis in die Freiheit geflogen. Sein Nachfolger Mohammed Mursi dagegen sitzt weiter hinter Gittern. Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen landet der Helikopter am Nilufer vor dem Militärspital im Kairoer Stadtteil Maadi. Mit einer Ambulanz wird der frühere Präsident Hosni Mubarak in die Klinik gebracht. Dort wird der 85-Jährige, der wegen der Tötung von mehr als 800 Demonstranten angeklagt ist, unter Arrest gestellt. Die Regierung will so den Ausbruch neuer Unruhen vermeiden. Mubarak hatte zwei Jahre und vier Monate in Untersuchungshaft gesessen. Derweil steigt die Angst vor einem blutigen Freitag: Blogger und Aktivisten protestierten in sozialen Netzwerken gegen Mubaraks Haftentlassung. Mehrere sogenannte Revolutionsgruppen erklärten, Mubarak und Funktionäre seines Regimes müssten vor ein Revolutionsgericht gestellt werden. Protestgruppen wollen heute vor einem Justizgebäude in Kairo demonstrieren. Die entmachteten Islamisten kündigten für heute ihrerseits Demonstrationen unter dem Motto «Freitag der Märtyrer» an. (dpa)

Mehr auf **Seite 4**

Neue Wendung

Verfahren gegen Philipp Hildebrand

ZÜRICH Die Affäre rund um den Rücktritt des ehemaligen Nationalbankpräsidenten Philipp Hildebrand geht in eine neue Runde: Gestern wurde bekannt, dass die Bundesanwaltschaft ein Strafverfahren gegen Hildebrand eingeleitet hat. Das Verfahren gegen den Thurgauer SVP-Kantonsrat Hermann Lei, der mit der Weitergabe von gestohlenen Bankunterlagen zum Sturz Hildebrands beigetragen hatte, soll mit einem Strafbefehl beendet werden. Sein Anwalt will Rekurs einlegen. (r.)

Mehr auf **Seite 5**

Genehmigung aus Bern

Grünes Licht für Naturpark

SCHAFFHAUSEN Die Pläne für einen Regionalen Naturpark Schaffhausen erfüllen die Vorgaben des Bundes. Das Projekt erhält deshalb Kandidatenstatus und Anspruch auf Finanzhilfe. Wie die Verantwortlichen mitteilten, unterstützt der Bund den Park in den kommenden vier Jahren mit 1,5 Millionen Franken. Das Bundesamt für Umwelt begrüsst unter anderem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von acht Schaffhauser und zwei deutschen Gemeinden. Ebenfalls genehmigt hat der Bund die Projekte von Simplan (VS) und Neckertal (SG, AR). (zge)

Mehr auf **Seite 14**

TTC Neuhausen

Titelentscheidung vor Zivilgericht

NEUHAUSEN/BERN Der Tischtennisclub Neuhausen nimmt die Aberkennung des Schweizer-Meister-Titels in der Frauen-NLA durch Swiss Table Tennis (STT) nicht einfach so hin. TTCN-Präsident Urs Scharrer hat in dieser Sache ein Zivilgericht in Bern angerufen. STT sprach den Meistertitel wegen einer angeblich nicht qualifizierten Spielerin dem Finalisten Wädenswil zu. Der Pokal steht aber weiterhin im Tischtenniszentrum Ebnat, für das es auch sonst gute Nachrichten gibt: Der TTCN darf weitere drei bis fünf Jahre an seinem langjährigen Domizil bleiben. (r.)

Mehr auf **Seite 23**

Giftgasvorwürfe

Forderungen nach Härte gegen Syrien

PARIS/DAMASKUS Nach neuen Giftgasvorwürfen gegen das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al Assad fordern mehrere Staaten ein hartes Vorgehen. Frankreichs Aussenminister Laurent Fabius verlangte indirekt eine militärische Intervention. Die Regierung in Damaskus streitet den Einsatz von Giftgas ab. Sollten die Angriffe bewiesen werden, sei mehr als eine internationale Verurteilung notwendig, sagte der französische Aussenminister Fabius. US-Senator John McCain rief Präsident Barack Obama gar zum Militäreinsatz in Syrien auf. (sda)

Mehr auf **Seite 4**

Interview Simonetta Sommaruga, Bundesrätin

«Handlungsbedarf bei der Zuwanderung»

Im Mittelpunkt des gestrigen Besuchs von Bundesrätin Sommaruga stand das Thema Integration. Die Magistratin über ihre damit verbundenen Erwartungen, den Dauerbrenner Zuwanderung und das Beste am Bundesratsein.

VON ANNA KAPPELER

Frau Bundesrätin, kann die Integration in unsere Gesellschaft theoretisch bei jedem Menschen gelingen?

Simonetta Sommaruga: Integration kann nur gelingen, wenn das Engagement von allen Seiten kommt. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Berufsschulklasse, die ich in Schaffhausen besucht habe. Es zeigt, dass Integration erfolgreich verlaufen kann, wenn sich die Schule in einem konkreten Projekt gemeinsam mit allen Betroffenen dafür engagiert. Und Sprache ist sicher eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Integration.

Gewisse Ethnien und Nationalitäten integrieren sich kaum und bleiben oft unter sich. Dennoch spricht man bei Integrationsproblemen selten von ihnen. Warum?

Sommaruga: Integration ist nicht von einer bestimmten Ethnie oder Nationalität abhängig.

Kaum problematisiert werden die Expats, von denen es in Schaffhausen viele gibt. Oft sprechen sie keine Landessprache und schicken ihre Kinder in spezielle Expat-Schulen. Gelten hier zwei unterschiedliche Massstäbe?

Sommaruga: Nein. Ich erwarte von allen Menschen, die länger in unserem Land leben, dass sie sich integrieren und sich bemühen, eine unserer Landessprachen zu lernen. Gerade von einem CEO einer grossen Firma erwarte ich das zum Beispiel. Schliesslich hat er eine Vorbildfunktion.

Was ist mit dem Angestellten, der oft nur Englisch spricht?

Sommaruga: Ich habe diese Erwartung an alle, die länger in unserem



«Ich erwarte von allen, die länger in unserem Land leben, dass sie sich integrieren», sagt Bundesrätin Sommaruga. Bild Eric Bühner

Land bleiben wollen. Die Schweiz ist ein kleines Land mit verschiedenen Kulturen und Sprachen. Bei uns gelingt das Zusammenleben dann gut, wenn sich alle aufeinander zubewegen. Dafür ist die Sprache oft das wichtigste Instrument.

Die SVP kündigte kürzlich Opposition gegen die geplanten Integrationsmassnahmen des Bundes an. Dies sei nicht Aufgabe des Staates. Was entgegnen Sie?

Sommaruga: Der Bundesrat hat das entsprechende Gesetz verabschiedet, es wird nun im Parlament beraten. Ich stelle fest, dass man gerade in der Wirtschaft die Bedeutung der Integration sehr gut verstanden hat. Ein Beispiel: Der Baumeisterverband bietet freiwillig und von sich aus Deutschkurse auf Baustellen an. Er hat ein Interesse daran, dass die ausländischen Arbeitskräfte langfristig gut im Arbeitsmarkt integriert sind, sich wohlfühlen und eine Landessprache beherrschen. Die Wirtschaft hat eine Verantwortung wahrzunehmen.

Sie ist sich bewusst, dass Integration für ein Zusammenleben in unserem Land ganz wichtig ist.

Die Kritik der SVP ist also unbegründet?

Sommaruga: Ja.

«Die Wirtschaft ist sich bewusst, dass Integration für ein Zusammenleben in unserem Land ganz wichtig ist»

Simonetta Sommaruga
Bundesrätin

Gerade im Asylwesen ist die Integration häufig ein Thema, zuletzt im Fall Bremgarten. Sind Sie hier etwas über das Ziel hinausgeschossen?

Sommaruga: In Bremgarten hat es vor allem viele Missverständnisse gegeben. Jetzt ist die Ausgangslage für alle klar.

Auch auf dem Arbeitsmarkt ist die Zuwanderung ein grosses Thema. Im Mai wurde die Ventilklausel angerufen. Ihnen wurde vorgeworfen, diese ändere nicht viel. Wie stehen Sie heute dazu?

Sommaruga: Um eine Bilanz zu ziehen, ist es jetzt noch viel zu früh.

Erwarten Sie, dass sich die Zuwanderung in der Schweiz im gleichen Mass wie bis anhin fortsetzt?

Sommaruga: Die letzten 50 Jahre zeigen: Immer, wenn es der Wirtschaft gut ging, war die Zuwanderung hoch, brauchte die Wirtschaft weniger Arbeitskräfte, ging die Zuwanderung zurück. Das war mit dem früheren Kontingentsystem so, und das ist auch jetzt mit der Personenfreizügigkeit so.

Trotzdem wächst der Unmut der Bevölkerung über die Zuwanderung. Wie wollen Sie angesichts dessen Abstimmungen über die Masseneinwanderungs- oder die Ecopop-Initiative gewinnen?

Sommaruga: Ja, es gibt einen Unmut in der Bevölkerung. Gleichzeitig aber dürfen wir die Urteilsfähigkeit der Stimmberechtigten nicht unterschätzen. Sie können sehr gut unterscheiden, dass die Wirtschaft auf der einen Seite von der Zuwanderung profitiert – und dass die Zuwanderung auf der anderen Seite auch weniger angenehme Seiten haben kann. Hier sind der Bund, die Städte, die Kantone und die Arbeitgeber gefordert. Wir müssen unsere Landschaft besser schützen, die Infrastruktur ausbauen und dafür sorgen, dass die Mieten bezahlbar bleiben. Der Bundesrat sieht hier durchaus Handlungsbedarf. Die Masseneinwan-

derungs-Initiative löst die Probleme nicht.

Was, wenn sie angenommen wird?

Sommaruga: Die Bevölkerung hat bereits viermal Ja gesagt zur Personenfreizügigkeit. Sie hat auch dem bilateralen Weg stets zugestimmt. Ich bin zuversichtlich, dass die Bevölkerung diesen erfolgreichen Weg nicht einfach so verlassen wird.

Gerade in Bezug auf die Personenfreizügigkeit mit Kroatien ist die Bevölkerung skeptisch.

Sommaruga: Die Personenfreizügigkeit ist ein Kernstück der EU und gilt für alle Mitgliedstaaten. Kommt ein neuer Staat hinzu, wie zum Beispiel am 1. Juli Kroatien als 28. EU-Staat, verhandelt die Schweiz mit der EU über die Bedingungen der Ausweitung. Der Bundesrat wird das Verhandlungsergebnis über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ins Parlament bringen, und wenn das Referendum ergriffen wird, werden wir darüber abstimmen können. Bei den letzten beiden Abstimmungen zu Erweiterungen, nämlich zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die osteuropäischen Staaten und zur Erweiterung auf Bulgarien und Rumänien, hat die Bevölkerung beide Male mit komfortablem Mehr Ja gesagt.

Zuletzt waren Sie oft Kritik ausgesetzt – auch von Ihrer eigenen Partei. Vom Unangenehmen abgesehen: Was eigentlich ist das Beste am Bundesratsein?

Sommaruga: (lacht) Wenn man mit Kritik nicht umgehen kann, sollte man besser nicht Bundesrätin werden. Mit meiner Partei teile ich die gleichen Werte, wir sind uns aber auch unserer unterschiedlichen Rollen bewusst. Und das Schönste am Bundesrätinsein ist, dass ich einen wichtigen Beitrag für Dinge leisten kann, die mir wichtig sind: Ich kann zum Beispiel daran mitarbeiten, dass wir eine glaubwürdige Asylpolitik verfolgen, welche sicherstellt, dass schutzbedürftige Menschen auch Schutz bekommen.

Die Abschaffung des Botschaftsasyls bei der letzten Abstimmung kritisierte die SP.

Sommaruga: In der Schweizer Politik macht – Gott sei Dank – nicht einfach jemand die Vorgaben und alle anderen spüren. Wir müssen uns immer wieder zusammenraufen.

Abenteuerwoche mit Seilpark und Bundesratsbesuch

Simonetta Sommaruga informierte sich gestern in Schaffhausen über Integrationsprojekte an Berufsfachschulen. Dabei suchte sie das Gespräch mit den Jugendlichen.

VON DANIEL JUNG

MERISHAUSEN/SCHAFFHAUSEN Zwei Schulklassen des Berufsvorbereitungsjahrs am Berufsbildungszentrum (BBZ) durchleben derzeit ein Abenteuerlager beim Buchberghaus in Merishausen. Ihre zweite Schulwoche verbringen die jungen Leute, die am Ende der obligatorischen Schulzeit noch keine Lehrstelle gefunden hatten, nicht im Klassenzimmer, sondern im Wald und am Wasser. Auf dem Programm standen eine Wanderung über 15 Kilometer, ein Besuch im Seilpark am Rheinfluss oder das Kochen auf dem Lagerfeuer.

Nach einer Nacht unter freiem Himmel erhielten die Jugendlichen und

ihre Lehrkräfte gestern Vormittag Besuch von Bundesrätin Simonetta Sommaruga, die sich vor Ort über das Projekt informierte und sich mit den Jugendlichen über ihre Berufswahl und das Thema Integration unterhielt.

«Ich kann mich noch nicht entscheiden, welchen Beruf ich lernen soll», erklärte die Schülerin Ramona Bucur (17) mutig vor ihren Mitschülern, der Bundesrätin und den Medienvertretern. Sie verfasste derzeit gerade 15 Bewerbungen in acht verschiedenen Berufen, von Polygräfin über Goldschmiedin bis zur Pharmaassistentin. «Hier im Lager ist es wichtig, dass wir uns gegenseitig unterstützen und füreinander da sind», sagte die Mitschülerin Samira Mian (15).

Motivation nach Misserfolgen

Simonetta Sommaruga interessierte sich für die Erlebnisse der Schüler, sprach ihnen Mut zu: «Ihr musstet bei der Lehrstellensuche alle schon Misserfolge erleben», sagte sie. Doch auch ihr sei es schon passiert, dass sie eine Stelle nicht erhalten habe, auf die sie sich beworben hatte. «Und jetzt

habe ich etwas Besseres gefunden», sagte die gut gelaunte Bundesrätin.

«Die Schüler kommen an körperliche Grenzen», erklärte Lehrer Reto Lenherr die Absichten der Abenteuerwoche. Durch die besonderen Erleb-

nisse werde die Klasse zusammenschweisst und die einzelnen Schüler ermutigt. «Sie sollen den Mut, den sie im Seilpark gezeigt haben, auch in die Phase der Bewerbungen mitnehmen», sagte Lenherr.



Vor dem Buchberghaus in Merishausen unterhielt sich Bundesrätin Simonetta Sommaruga mit Schülerinnen des Berufsvorbereitungsjahrs. Bild Eric Bühner

Ermöglicht wurde die Abenteuerwoche durch die finanzielle Unterstützung der Hirschmann-Stiftung, die auf Carl W. Hirschmann sen. zurückgeht, den Gründer der Firma Jet Aviation. Die Stiftung fördert in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Direktorinnen- und Direktorenkonferenz der Berufsschulen verschiedene Projekte zur Integration. Seit 2008 nahmen etwa 35 000 Jugendliche von 40 Berufsschulen an etwa 150 unterschiedlichen Projekten teil. Die Stiftung möchte die Finanzierung dieser Projekte bald an die öffentliche Hand übergeben.

Nach ihrem Besuch im Abenteuerlager reiste Sommaruga ans BBZ. Dort sprach sie sich mit Lehrlingen über die Schwierigkeit, mit einem fremdsprachigen Nachnamen eine Lehrstelle zu finden, über die Wichtigkeit der deutschen Sprachkenntnisse und den Wunsch nach Einbürgerung. Sie machte den Jugendlichen Mut, den Migrationshintergrund auch als Stärke zu sehen: «Ihr habt den Vorteil, eine zweite Sprache und Kultur zu kennen – Schweizer müssen das alles erst lernen», sagte die Bundesrätin.

Nachgefragt Bundesrat Alain Berset

«Keine Zwangsimpfung»

Erst gerade war Herr Burkhalter hier, nun Frau Sommaruga und Sie, Herr Berset, und bald beehrt uns Frau Widmer-Schlumpf: Ist Schaffhausen im Bundesrat so beliebt?

Alain Berset: Vielleicht schaffen wir es in Schaffhausen ja auch noch auf fünf Bundesratsbesuche wie unlängst in China (lacht). Das mit Schaffhausen ist eher ein Zufall, aber wir suchen natürlich so oft es geht den Kontakt zur Bevölkerung.

Kommen wir zu einem ernsteren Thema: In einem Monat stimmen wir über das neue Epidemiengesetz ab. Die Befürworter sagen, das neue Gesetz brauche es, weil durch unser Reiseverhalten die Gefahr von Epidemien gestiegen sei. Gibt es denn Belege dafür, dass Epidemien heute häufiger vorkommen oder dass sie gefährlicher sind?

Berset: Wir reisen heute viel mehr, und auch der Güterverkehr hat stark zugenommen. Das stellt uns vor neue Probleme: Allein in den letzten zehn Jahren hatten wir Epidemien wie die gefährliche Lungenkrankheit Sars, die Vogelgrippe, die Schweinegrippe und weitere. Es gibt immer mehr neue, ansteckende Krankheiten. Vor allem aber verändern und verbreiten sich diese viel schneller als früher auf der ganzen Welt.

Wir sind heute aber schneller in der Erkennung von Krankheiten, wir können schneller und besser kommunizieren, und wir können schneller Impfstoffe herstellen. Kurz: Wir sind gegen Epidemien heute besser gerüstet. Dann braucht es doch gar kein neues Epidemiengesetz, oder?

Berset: Doch, das braucht es, denn wir haben zum Beispiel bei Sars festgestellt, dass der Bund und die Kantone in Krisensituationen noch nicht optimal zusammenarbeiten. Wir können die Bevölkerung am wirksamsten schützen, wenn wir koordiniert vorgehen und die Zuständigkeiten klar sind. Während in Asien bereits Menschen an Sars erkrankt waren, fand ja in Basel und Zürich die Schmuck- und Uhrenmesse statt. Zürich und Basel waren sich damals nicht einig, wie sie mit der Situation umgehen sollen und wer wofür zuständig ist. Dadurch haben wir wertvolle Zeit verloren. Mit dem neuen Gesetz kann dies nicht mehr passieren. Es waren denn auch die Kantone, welche die Überarbeitung mit Nachdruck gefordert haben.

Aber grundsätzlich hätten wir kein Problem, mit dem alten Gesetz Epidemien zu bekämpfen.

Berset: Auf der medizinisch-technischen Seite nicht, aber bei der Koordination schon. Diese müssen wir verbessern, um sehr schnell richtig reagieren zu können. Dafür brauchen wir das neue Gesetz. Und um wirksam gegen Antibiotikaresistenzen und Spitalkeime vorgehen zu können.

Im alten wie im neuen Gesetz sind Impfpflichtigkeiten vorgesehen. Gleichzeitig sagen Sie, es gebe keine Zwangsimpfungen. Was ist denn der Unterschied zwischen einem Obligatorium und einem Zwang?

Berset: Es gab bisher keinen Impfwang, und es wird auch in Zukunft keinen geben. Niemand wird in diesem Land gegen seinen Willen geimpft. Das Obligatorium ist etwas anderes. Nehmen wir ein Beispiel: Es ist eine gefährliche Krankheit im Umlauf, und in den Spitälern haben wir Neugeborene, die bei einer Ansteckung in ernster Gefahr wären. In dieser Situation könnte man für jene Angestellten, die Kontakt mit den Säuglingen haben, eine Impfung anordnen. Wenn sich einer der Angestellten nicht impfen lassen will, hat er das Recht dazu. Er muss aber in einer anderen Abteilung arbeiten, bis die Gefahr gebannt ist.

Das neue Epidemiengesetz erlaubt es dem Bund, sensible Informationen über Schweizer Bürger ans Ausland zu übermitteln. Wenn man sich den Abhörskandal anschaut, glauben Sie dann wirklich, dass unsere Daten im Ausland sicher sind?

Berset: Im alten Gesetz gibt es überhaupt keine Bestimmungen zum Datenschutz. Mit dem neuen Gesetz schliessen wir diese Lücke. Wir haben genau festgelegt, welche Daten wie übermittelt werden dürfen. Und das ist gut so, weil es sich um sehr sensible Informationen handelt. Im Kampf gegen gefährliche Krankheiten sind wir auf die internationale Zusammenarbeit und den Informationsaustausch angewiesen, auch um die Menschen in unserem Land wirksam schützen zu können. Krankheitsreger machen nun mal nicht an der Landesgrenze halt.

Aber nochmals die Frage: Glauben Sie, dass unsere Daten im Ausland sicher sind?

Berset: Auf jeden Fall sehr viel sicherer als mit dem alten Gesetz.

Interview Jan Hudec

Ein engagierter Redner

In der sehr gut besuchten Rathauslaube referierte Bundesrat Alain Berset gestern Abend über das Schweizer Gesundheitswesen und die Abstimmung zum Epidemiengesetz.

VON ANNA KAPPELER

SCHAFFHAUSEN «Lappi tue d Auge uf» zitierte Bundesrat Alain Berset mit französischem Akzent gleich zu Beginn seines Referats den Spruch über dem Schwabentor. Und hatte damit die volle Aufmerksamkeit des zahlreich erschienenen Publikums in der Rathauslaube auf sich. Das Schaffhauser Motto passe gut zur Gesundheitspolitik, schliesslich gehe es auch dabei vor allem um Menschen. «Meine Aufgabe als Gesundheitsminister ist es, dafür zu sorgen, dass die Menschen in unserem Land gesund sind und gesund bleiben», sagte Berset. Das sei bis heute gut gelungen – andere Länder lobten unser Gesundheitswesen zu Recht. Anfang Woche noch sei er in China im Rahmen seines dortigen Arbeitsbesuches etwas neidisch auf das Schweizer

Gesundheitssystem angesprochen worden. Der Unterschied zwischen den beiden Ländern sei übrigens gar nicht so gross, wie einige nun vielleicht denken mögen, so Berset: «Dort wie heute hier in Schaffhausen habe ich nämlich alte Gemäuer bewundert.»

Da die Schweizer Bevölkerung jedoch immer älter werde, würden auch die Kosten unserer Gesundheit immer weiter ansteigen. Die Zahl der Menschen mit chronischen Erkrankungen nehme ebenfalls zu, was einen Prämienanstieg nach sich ziehe. «Die Kosten also steigen stetig an, trotzdem muss unser Gesundheitssystem weiterhin bezahlbar bleiben», sagte Berset. Die Strukturen hierfür müssten noch weitgehend entwickelt werden. Der Bundesrat habe den Handlungsbedarf diesbezüglich erkannt, leitete Berset zu der von ihm aufgegleisten Reform «Gesundheit 2020» über. «Sie sehen, mein Job als Gesundheitsminister ist nicht ganz einfach», umriss der SP-Magistrat die viel diskutierte Gesundheitspolitik in einfachen Worten.

Plädoyer für das Epidemiengesetz

Er sehe es als seine Aufgabe an, die Bevölkerung vor drohenden Krankheiten zu schützen. Im zweiten Teil seines Vortrags sprach Berset über das Epidemiengesetz, das am 22. September zur

Abstimmung kommt (vgl. Interview nebenan). Und entpuppte sich als flammender Befürworter, dem ein Ja dazu sehr am Herzen zu liegen scheint.

Umso kritischere Fragen stellte das Publikum in der anschliessenden Diskussionsrunde zu der Vorlage. Es wollte vor allem wissen, wie Berset denn nun den Unterschied zwischen einem Impfpflichtorium und einem -zwang erklären könne. Niemand werde gegen seinen Willen geimpft, antwortete der Bundesrat. Unterstützt wurde er dabei von der Schaffhauser Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf, die zuvor ein Kurzreferat zur Gesundheitspolitik im Kanton Schaffhausen gehalten hatte, mit den Worten: «Als die Vogelgrippe ausgebrochen ist, hat man auch im Schaffhauser Spital darüber nachgedacht, das Personal dagegen impfen zu lassen. Wir haben uns dann aber dagegen entschieden.» Es geht laut Hafner-Wipf beim aktuellen wie beim neuen Gesetz beim Impfen um die Frage der Verhältnismässigkeit.

Ob in einem kleinen Kanton wie Schaffhausen auch mit der «Gesundheit 2020» ein Kantonsspital noch vorgesehen sei, wollte jemand abschliessend von Berset wissen. Er sei ein Föderalist, antwortete dieser. Diese Frage zu beantworten, sei nicht seine Aufgabe, sondern die der Kantone.



Baute den Schwabentor-Spruch «Lappi tue d Auge uf» in seinen gut besuchten Vortrag ein: Bundesrat Alain Berset. Bild Eric Bühner

Reaktionen auf die Bundesratsbesuche Simonetta Sommaruga besuchte Integrationsprojekte am BBZ, Alain Berset sprach über Gesundheitspolitik

Sommaruga zeigte viel Interesse, Berset starke Argumente

► Den Besuch von Simonetta Sommaruga in Schaffhausen hatte Eugen David angeregt, ehemaliger St. Galler CVP-Ständerat und Präsident des Stiftungsrats der Hirschmann-Stiftung. Die Stiftung hat am BBZ mehrere Integrationsprojekte finanziert, so auch das Abenteuerlager des Berufswahljahrs, das die Bundesrätin gestern beim Bucherberghaus besuchte. «Diese persönlichen Begegnungen sind sehr wichtig», sagte David. «Frau



Sommaruga zeigte dabei grosses persönliches Interesse.»

► «Ich fand es erfrischend, wie Frau Sommaruga direkt mit den

Jugendlichen in Kontakt getreten ist», sagte BBZ-Rektor Ernst Schläpfer. Auch sei es für die Schüler und gerade für die



Lehrkräfte motivierend, wenn sich eine Bundesrätin Zeit nehme und Interesse zeige. Schläpfer hofft, dass die angestossenen Integrationsprojekte wie die Abenteuerwoche auch in Zukunft weitergeführt werden können. «Integration gehört aber sowieso zu unserem Kerngeschäft», sagte er.

► «Die meiste Integration von Einwanderern geschieht im Alltag, also bei der Arbeit, in der Volks- oder Gewerbeschule, sagte Kurt Zubler, Leiter von Integres, der Integrationsfachstelle für die Region Schaffhausen. Die Fachstelle macht speziell für jene Migranten Angebote, die auf diesen Wegen nicht erreicht werden, etwa für spät eingewanderte Jugendliche oder für Hausfrauen. «Die Integration läuft gut, aber sie ist kein Selbstläufer», sagte Zubler. Er

freute sich über den Besuch aus Bern: «Es war eindrücklich, wie Sommaruga das Gespräch mit den Jugendlichen gesucht und sie zum Nachdenken gebracht hat», sagte Zubler. «Das gibt auch Drive für die Lehrer.»



► Von Bundesrat Alain Berset Charisma schwärmten Franca Schaad und Stadtrat Simon Stocker nach dessen Auftritt in der Rathauslaube. «Mir hat es auch gefallen, dass er betont hat, dass wir im Gesundheitswesen am Föderalismus festhalten sollten, und dass es wichtig ist, die



Stadtrat Simon Stocker und seine Lebensgefährtin Franca Schaad waren beeindruckt von Berset's charismatischem Auftritt. Bild Eric Bühner

Hausarztmedizin zu stärken», sagte Schaad. Auch habe er überraschend deutlich aufgezeigt, wie stark Pharmalobbyisten in Bern versuchten Einfluss zu nehmen, ergänzte Stocker. «Man nimmt ihm jedenfalls absolut ab, dass er einen schwierigen Job hat.»

► «Man nimmt ihm jedenfalls absolut ab, dass er einen schwierigen Job hat.»

► «Mich hat sein Engagement und seine Überzeugungskraft beeindruckt», sagte die designierte SP-Nationalrätin Martina Munz, die den Anlass organisiert hat. Sie sei froh, dass Bundesrat Berset zu einem derart wichtigen Thema in Schaffhausen gesprochen habe, schliesslich sei das Gesundheitswesen zuoberst im Sorgenbarometer der Bevölkerung. «Und das zu Recht, wenn doch ständig die Kosten steigen und wir zu wenig Personal bei der Ärzteschaft und in der Pflege haben.» Schön sei aber auch, dass Berset den Menschen in den Mittelpunkt stellte und nicht das Finanzielle. (dj/jhu)

